

# DIGITAL RESPECT FOR HER

#DigitalRespect4Her



“ FRAUEN SOLLTEN SICH IM INTERNET SICHER UND RESPEKTIERT FÜHLEN UND SICH SELBSTBEWUSST AM ÖFFENTLICHEN LEBEN BETEILIGEN KÖNNEN. ”

DIE REALITÄT SIEHT ANDERS AUS: ONLINE-GEWALT WIRD ÜBER SOZIALE MEDIEN, NACHRICHTEN-APPS, ONLINE-FOREN, VIDEO-SHARE-WEBSITES UND VIDEOSPIELE VERBREITET. WIRD JEMAND ONLINE MISSBRAUCHT, ENTSTEHT EINE BLEIBENDE DIGITALE AUFZEICHNUNG, DIE WEITER VERBREITET WERDEN KANN UND SCHWER ZU LÖSCHEN IST.

## FRAUEN UND MÄDCHEN SIND UNVERHÄLTNISSMÄßIG STARK VON ONLINE-GEWALT BETROFFEN:

Frauen werden weltweit 27-mal häufiger im Internet angegriffen als Männer. Dies umfasst sowohl sexuelle Belästigung im Internet als auch Stalking.<sup>1</sup>

Jede zehnte Frau in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr unerwünschte sexuell eindeutige Botschaften erhalten oder war unangemessenen Annäherungsversuchen in sozialen Netzwerken ausgesetzt.<sup>2</sup>

Wenn Frauen Zeugen oder Opfer von Hasskommentaren oder Missbrauch im Netz wurden, zögert jede zweite von ihnen, sich an Debatten in sozialen Medien zu beteiligen.<sup>3</sup>

28 % der weiblichen Opfer von Online-Gewalt haben ihre Präsenz im Netz verringert.

46,9 % der Politikerinnen aus 45 europäischen Ländern gaben an, dass sie in ihrer Amtszeit damit bedroht wurden, getötet, vergewaltigt oder verprügelt zu werden.

2017 wurden 1,1 Millionen Tweets missbräuchlicher oder problematischer Natur an 778 Politikerinnen und Journalistinnen verschickt – also durchschnittlich einer alle 30 Sekunden.

Gewalt im Internet kann zu psychischem, körperlichem, sexuellem und wirtschaftlichem Schaden führen. Sie kann Frauen zum Schweigen bringen und ihre Präsenz im Netz verringern. Weibliche Abgeordnete, die im Internet das Ziel von Gewalt sind, berichten häufig, dass sie vorsichtiger werden und ihre Online-Aktivitäten einschränken. Selbstzensur kann dazu führen, dass Frauen in geringerem Umfang an gesellschaftlichen Debatten teilnehmen und weniger Einfluss auf die Politik haben, ferner kann sie repräsentative demokratische Prozesse untergraben.

## WIE DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION IHREN BEITRAG ZUR BEKÄMPFUNG VON ONLINE-GEWALT LEISTET

Mariya Gabriel, Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, und Věra Jourová, Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, vertiefen nun ihre Zusammenarbeit und wollen gemeinsam durch #DigitalRespect4Her ein stärkeres Bewusstsein für Online-Gewalt gegen Frauen schaffen.



### SIE GABEN DIE FOLGENDE ERKLÄRUNG AB:

“ Die europäischen Werte wie Würde, Achtung und Solidarität gelten auch im Internet. Frauen sollten ohne Einschränkungen und Bedenken ihre Meinung online äußern und sich aktiv am öffentlichen Leben beteiligen können. Wir fordern jeden und jede – EU-Bürgerinnen und -Bürger, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und die politischen Entscheidungsträger – auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Frauen im Netz Respekt entgegengebracht wird. ”

SIE KÖNNEN SICH BETEILIGEN, INDEM SIE UNTER #DigitalRespect4Her IHRE ERFAHRUNGEN TEILEN.

<sup>1</sup> Bericht der UN Broadband Commission for Digital Development, 2015.

<sup>2</sup> Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2014.

<sup>3</sup> EIGE, Veröffentlichung 2018.

Gewalt im Internet ist nach den nationalen Rechtsvorschriften vieler EU-Mitgliedstaaten<sup>4</sup> und auf internationaler Ebene verboten, aber neue Technologien bringen neue Formen der Gewalt hervor:

### DIE ÜBERARBEITETE RICHTLINIE ÜBER AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE:

Die Bürgerinnen und Bürger werden nun besser vor audiovisuellen Inhalten geschützt, die sowohl im Fernsehen als auch im Internet zu Hass oder Gewalt aufgrund des Geschlechts aufrufen. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Online-Plattformen Maßnahmen gegen diese Inhalte (Kennzeichnung, Meldeverfahren usw.) ergreifen.

### DIE RICHTLINIE ÜBER DEN ELEKTRONISCHEN GESCHÄFTSVERKEHR:

Online-Plattformen können beispielsweise durch Hinweise von möglicherweise illegalen Online-Inhalten Kenntnis erhalten. Ohne derartige Hinweise können sie nicht für rechtswidrige Informationen, die auf ihre Dienstplattformen hochgeladen wurden, haftbar gemacht werden.

### DIE OPFERSCHUTZRICHTLINIE:

Die Mitgliedstaaten müssen den Opfern Unterstützungsdienste zugänglich machen und dafür sorgen, dass die zuständigen Behörden auf die Bedürfnisse der Opfer eingehen können. Die Richtlinie gilt für Gewalt und Hasskriminalität im Internet, sofern die Handlungen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats eine Straftat darstellen.

### WEITERE MAßNAHMEN ZUR WIRKSAMEN BEKÄMPFUNG ILLEGALER ONLINE-INHALTE:

In ihrer Mitteilung über den Umgang mit illegalen Online-Inhalten fordert die Kommission die Plattformen auf, gegen illegale Inhalte vorzugehen und den Zugang dazu rasch und wirksam aufzudecken, zu löschen oder zu sperren sowie leicht zugängliche Meldemechanismen einzurichten.

Die entsprechende Empfehlung enthält weitere Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten und der Dienstleistungsanbieter bei der Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz. Darüber hinaus arbeitet die Kommission mit Online-Plattformen und der Zivilgesellschaft im Rahmen des Verhaltenskodex bei der Bekämpfung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze im Internet zusammen.

### DAS ÜBEREINKOMMEN VON ISTANBUL DES EUROPARATS:

Ein internationaler rechtsverbindlicher Vertrag, mit dem mehrere Formen der Gewalt gegen Frauen (u. a. psychische Gewalt im Internet, Stalking und sexuelle Belästigung) unter Strafe gestellt werden<sup>5</sup>.

### DIE NON.NO.NEIN.-KAMPAGNE (#SayNoStopVAW):

Diese Kampagne der Kommission soll das Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen schärfen und auf die wichtige Arbeit aufmerksam machen, die zivilgesellschaftliche Organisationen zur Bekämpfung dieses Phänomens EU-weit leisten.

## EU-GELDER

Die Kommission unterstützt nationale Behörden und Basisorganisationen durch die Finanzierung unter anderem folgender Sensibilisierungs- und Aufklärungsprojekte zur Verhinderung und Bekämpfung von Online-Gewalt gegen Frauen:

#### #femfacts:

Ein Projekt zur Überprüfung von Fakten, das Falschmeldungen und Desinformation über Frauen in europäischen Medien aufdecken und widerlegen soll.

#### CYBERVAW:

Ein in Slowenien laufendes Projekt zur Sensibilisierung und Verbreitung von Informationen über Online-Gewalt.

#### deSHAME:

Ein Projekt, das mit von Jugendlichen getragenen, bereichsübergreifenden Maßnahmen darauf abzielt, dass sexuelle Belästigungen Minderjähriger im Internet in Dänemark, Ungarn und dem Vereinigten Königreich häufiger gemeldet werden.

Weitere Projekte zur Bekämpfung von Online-Gewalt werden 2019 von der Kommission finanziert.

<sup>4</sup> Siehe Bestandsaufnahme des Ausschusses des Übereinkommens über Computerkriminalität des Europarates (2018) und Studie des FEMM-Ausschusses des Europäischen Parlaments (2018).

<sup>5</sup> Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, SEV-Nr. 210. Das Übereinkommen von Istanbul wurde 21 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert; das Verfahren für den Beitritt der EU ist noch im Gange.